

schaft herabzog. Wenn sie stärker die Abnahme ihrer körperlichen Kräfte, ihre Armut, ihre Unfähigkeit, viel zu arbeiten und noch an Werken der Nächstenliebe und des Apostolats teilzunehmen, fühlt, so möge sie sich die Worte Jesu ins Gedächtnis rufen, als er zusah, wie die Reichen ihre Gaben in den Opferkasten warfen und nach ihnen eine arme Witwe, die nur zwei kleine Münzen hineinwerfen konnte: „Wahrlich, ich sage euch, diese arme Witwe hat mehr gegeben als sie alle“ (Luk. 21, 2—3). Was der Herr von dieser bescheidenen Gabe sagte, gilt auch für die geringsten Dienste, die eine Witwe leisten kann,

wenn sie nur aus einem Gott mehr als üblich gehörenden Herzen kommen, einem durch die Prüfung weiter gewordenen Herzen, näher auch denjenigen, die es liebt, und fähiger, um sich her den reinsten Widerschein jener Liebe zu verbreiten, die es in Besitz genommen hat.

Als Unterpand der göttlichen Gnaden, die Wir auf Sie, Ihre Familie und alle, die Ihnen teuer sind, sowie auf alle die herabrufen, die in der ganzen Welt in der Wittenschaft einen Weg entdecken, der zur vollen Entdeckung der göttlichen Liebe führt, erteilen Wir Ihnen von ganzem Herzen Unsern väterlichen Apostolischen Segen.

Die Kirche in den Ländern

Die Lage der Kirche in der Tschechoslowakei

Im Februar dieses Jahres jährte es sich zum zehnten Male, daß die Tschechoslowakei in die Hände der Kommunisten fiel. Die Tatsache, daß sich in den Tagen vom 20. bis 25. Februar 1948 die Kommunisten der Regierung in Prag bemächtigten — der Weltkommunismus spricht vom „Prager Februar“ —, hat aus dem bisher „westlichsten“ Land des europäischen Ostens den unerschütterlichsten Satelliten der Sowjetunion gemacht und das am hermetischsten gegen den Westen abgeschlossene Land geschaffen, in dem die starrste Ideologie herrscht. Die Interpretation dieses Faktums ist schwierig und kann hier nicht einmal versucht werden (vgl. auch Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 221). Nur einige Punkte, die der tschechoslowakischen Situation ihre Besonderheit geben, seien kurz angedeutet.

Als in der Tschechoslowakei im Jahre 1948 die letzten relativ freien Wahlen stattfanden, konnte die Kommunistische Partei rund 40% aller Stimmen auf sich vereinigen. Und auch heute noch zählt die Partei rund anderthalb Millionen Mitglieder und eine halbe Million Parteianwärter; das ist ein höherer Prozentsatz der Bevölkerung als in den anderen Staaten des Ostblocks. Der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Joachim Steinmayr, meinte (1./2. 3. 58), es gebe Anhaltspunkte dafür, daß sich der Bestand an Mitgliedern und „Sympathisierenden“ der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei seit 1948 nicht verringert habe. Die Parteidisziplin ist eisern.

Ein zweites wichtiges Moment, das die Besonderheit der tschechoslowakischen Lage bestimmt, ist die Zusammensetzung des Landes aus zwei heterogenen Teilen, der Tschechei (Böhmen, Mähren und der früher österreichische Teil von Schlesien) und der Slowakei. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Ländern ist stark, das Verhältnis gespannt.

Schließlich spielt — mit den Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken verknüpft — der Kampf der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei gegen den „bourgeois Nationalismus“ eine Rolle, der vor allem in den „separatistischen“ Strömungen in der Slowakei Gestalt gewinnt. Mit diesen besonderen Verhältnissen ist auch die Lage der Kirche in der Tschechoslowakei eng verbunden.

Verschärfung der religionsfeindlichen Maßnahmen

Die Nachrichten, die über das kirchliche Leben und die offizielle Lage der Kirche in der Tschechoslowakei in den

Westen dringen, sind ganz besonders spärlich. Seit mehr als einem Jahr (zuletzt im Februar 1957) haben wir nichts mehr aus diesem Lande berichtet, da sich nichts Neues zu ereignen schien. Erst in der letzten Zeit hört man wieder von Maßnahmen gegen die katholische Kirche und ihre Gläubigen, während die von Rom getrennte Tschechoslowakische Nationalkirche (die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden ist und hussitische, reformatorische und orthodoxe Ideen in sich aufgenommen hat) weiter gefördert wird. (Wie groß die Zahl ihrer Anhänger heute ist, weiß man nicht; sie zählte 1955 in vier Diözesen angeblich 950 000 Gläubige.) Radio Vatikan teilte kurz vor Weihnachten mit, daß „der Religionskampf in der Tschechoslowakei immer härtere Formen annehme“. Sowohl die tschechische wie die slowakische Presse klage über Lehrer, die durch ihre religiöse Praxis einen negativen Einfluß auf die Jugend ausübten. Da die Lehrer sich weigerten, ihren Glauben zu verleugnen, „wurden sie versetzt und leben nun an Orten, wo die Lebensbedingungen alles andere als befriedigend sind. Andere wurden vor die Alternative gestellt, entweder auf ihre Religion oder auf ihre Anstellung zu verzichten.“ Die schweizerische Presseagentur KIPA stellte am 23. Dezember unter dem Titel „Streiflichter über die religiöse Lage in der Tschechoslowakei“ einige Fakten zusammen, die die antireligiöse Propaganda in ihrem jüngsten Stadium beleuchten. Vor allem wird die religionsfeindliche Beeinflussung der Jugend in vielen Formen fortgesetzt. Die kommunistische Jugendzeitschrift „Mlada Fronta“ diskutiert Zuschriften von Jugendlichen, die sich mit der Frage beschäftigen, welchen Sinn das Leben haben könne, wenn es keinen Gott gibt. Ihnen wird gesagt, wohl müsse jeder Mensch für ein Ideal leben, aber dazu brauche man nicht Gott, „weil die Menschheit selber bereits Wunder vollbracht hat“. Die kommunistischen Ideale erfüllten sich nicht in einem unbekanntem Jenseits, sondern ihr Himmel sei das Werk der Lebenden. Gegen die Christen heißt es: „Diese Pharisäer behaupten, daß es uns Kommunisten niemals gelungen sei, die Menschen zu selbstlosem Handeln und Denken zu erziehen, und daß wir das auch gar nicht wollen. Offensichtlich reden sie aus eigener Erfahrung, denn seit Tausenden von Jahren haben es die verschiedenen Religionen nicht zuwege gebracht, die Menschen von Kriegen, Diebstahl und Mord abzubringen.“ Die slowakische kommunistische Zeitung „Smer“ forderte, daß die atheistische Unterweisung in den Schulen noch bedeutend verbessert werden müsse; sie leide darunter, daß die Lehrer meist selber nicht genug über den Atheismus wis-

sen. Die Prager Wochenzeitung „Predvoy“ klagt, daß man in der Tschechoslowakei zu wenig über die kommunistischen Moralisten wisse und die Eltern ihre Kinder daher nicht nach kommunistischen Moralbegriffen erziehen könnten.

Über die Lage des Klerus weiß man wenig. Priesterverhaftungen sind auch in letzter Zeit vorgekommen. So erfuhr man über Wien, daß im Januar dieses Jahres Pfarrer Dokubil von Iglau zu zwölf Jahren Kerker verurteilt worden ist, weil er versucht habe, eine „kraß reaktionäre“ christlich-demokratische Partei zu gründen. Fünf „Komplizen“ waren schon vorher abgeurteilt worden. Mit dem Priester zugleich wurden ein Arzt und eine Ordensschwester verurteilt, die dem Priester widerrechtlich zu Medikamenten verholfen haben sollen. Aus dem Sommer vergangenen Jahres ist noch die Verurteilung mehrerer Salesianerpatres und zweier Dominikanerinnen wegen „antirevolutionärer und Spionagetätigkeit“ nachzutragen.

Das Schicksal der kirchlichen Organisation

Wie in den anderen kommunistischen Ländern, so hat bekanntlich auch in der Tschechoslowakei die Regierung das Leben der Kirche durch die Gefangennahme oder Internierung der Hierarchie, durch Inhaftierung zahlreicher Priester und durch Zerstörung der Orden lahmzulegen versucht.

Von dem Verbleib des 1949 verhafteten Erzbischofs Beran von Prag weiß man immer noch nichts. Über die Lage in Böhmen und Mähren berichtete ein Aufsatz in der „Schweizerischen Kirchenzeitung“ von 20. 2. 58 (gez. A. K.).

Danach sind die vier Diözesen Böhmens sowie die zwei bzw. drei Diözesen Mährens (wenn man den Anteil des Sudetenlandes an der Erzdiözese Breslau, jetzt Apostolisches Vikariat, als eigene Diözese mitzählt) heute sämtlich unbesetzt oder ihre Inhaber an der Ausübung ihres Amtes gehindert. Sie werden alle von staatshörigen Priestern verwaltet. „Staatlich ernannte Kirchensekretäre — oft Laien aus dem Handwerkerstand und selbst Atheisten — führen das Kirchenregiment. Sie geben die Anweisungen auch für die höchsten kirchlichen Stellen bis tief in den Bereich der Liturgie. Von diesen Kreissekretären ist der Klerus vollständig abhängig. Die beiden slowakischen Bischöfe Jan Vojtassak von Spis (Zips) und Michal Buzalka, Weihbischof von Tírnavá (Tyrnau), die im Oktober 1956 freigelassen worden sind, der eine 80-, der andere 72jährig (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 221), befinden sich jetzt unter Hausarrest in einem ehemaligen Gebäude der Caritas bei Decin. Weihbischof Stefan Barnas von Spis (Zips) befindet sich in dem berüchtigten Gefängnis von Leopoldov, Weihbischof Zela von Olmütz seit kurzem in der staatlichen Besserungsanstalt Mirov, wo auch der Generalvikar des Bistums Presov (byzantinischer Ritus) lebt.

Durch die österreichische katholische Presseagentur „Kathpress“ wurde sodann Anfang Februar gemeldet, daß man die katholischen Priester und Ordensleute, die sich gegenwärtig in tschechoslowakischen Gefängnissen und Konzentrationslagern befinden, auf 450 bis 500 schätzt; unter ihnen seien mindestens fünf Bischöfe. Diese Zahlen stammen aus der Tschechoslowakei selber und umfassen nicht die deportierten Priester und diejenigen, die an der Ausübung ihres Amtes anderweitig verhindert

sind. Diese arbeiten meist als Handwerker oder Arbeiter.

„Kathpress“ erklärt, 100 Priester befänden sich im Gefängnis von Leopoldov in der Slowakei mit anderen 1640 politischen Gefangenen zusammen. Weitere 150 Ordenspriester befinden sich in dem „wohlbekannten“ Lager Nr. 2 in Wittmanov nicht weit von den Uranbergwerken von Joachimsthal (hier und in den Lagern von Příbram bei Prag sollen insgesamt 25 000 Zwangsarbeiter interniert sein).

Man weiß, daß die Priester in der Festung Leopoldov nicht die Erlaubnis haben, die Messe zu lesen und religiöse Bücher oder Gegenstände zu besitzen. Die inhaftierten Geistlichen dürfen nicht einmal sterbenden Mitgefangenen beistehen. An hohen kirchlichen Feiertagen sind die Priester besonderen Schikanen ausgesetzt. Doch heißt es, daß in diesen Lagern keiner seinen Glauben aufgegeben und daß man ängstlich nach Gelegenheiten suche, die Sakramente zu empfangen.

Die kirchliche Lage in Böhmen und Mähren

Nach dem schon oben erwähnten Bericht in der „Schweizerischen Kirchenzeitung“ herrscht im Sudetenraum (Böhmen und Mähren) heute ein außerordentlicher Mangel an Seelsorgern. Durch die Ausweisung der deutschen Priester aus diesen Ländern nach Kriegsende (zusammen mit Millionen deutscher Einwohner) sind von den 6000 Priestern, die Böhmen und Mähren 1940 besaß, 1800 verlorengegangen. Die restlichen 4200 tschechischen Priester hat der Tod stark dezimiert. Seit 1940 gab es nur wenige Priesterweihen. Der Ordensklerus ist interniert und also fast gänzlich ausgeschaltet. Die aktiven jungen Priester wurden vielfach verhaftet, etwa 10% zum Militär eingezogen. Auf 10% schätzt man die sogenannten patriotischen Priester, die mit dem kommunistischen System sympathisieren. „So dürften also für die Seelsorge weniger als 2000 Priester heute zur Verfügung stehen, ja vielleicht nur noch 1500. Und das für mehr als 3000 Seelsorgestellen im Lande. Es mehren sich daher die Nachrichten, daß bereits viele Kirchen geschlossen oder vernachlässigt dastehen. Am allerschlimmsten freilich ist es in den ehemals deutschen Gebieten, wo ein Priester oft mehrere Städte zu betreuen hat.“

Mit dem Priesternachwuchs ist es schlecht bestellt. Die sieben Priesterseminare, die es früher in Böhmen und Mähren gab, sind aufgehoben worden; an ihre Stelle trat ein einziges Staatsseminar, das sich zuerst in Prag, jetzt in Leitmeritz befindet (ein zweites besteht in Preßburg in der Slowakei, vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 221). Das tschechische Seminar ist nur schwach besucht. Es darf übrigens jährlich nur 20 Kandidaten aufnehmen. 1955 wurden dort 26 Neupriester geweiht. Sie verteilen sich auf die sieben Diözesen Böhmen-Mährens. Die Diözese Königgrätz mit mehr als 850 000 Katholiken erhielt dabei z. B. einen einzigen Neupriester. So hat sich der schon vorher sehr fühlbare Priestermangel in den letzten zehn Jahren in der Tschechoslowakei zu dem ernstesten Problem für die Zukunft der Kirche entwickelt.

Der Bericht sagt, daß die Kirchen in der Tschechei zwar immer noch gut gefüllt seien, daß man aber immer weniger Jugendliche in ihnen finde. In den Schulen gibt es zwar noch Religionsunterricht, aber er ist auf ein Mini-

mum beschränkt. Die große Masse des Volkes stumpft dem religiösen Problem gegenüber immer mehr ab. Die Zahl der ungetauften Kinder wächst. So entwickelt sich dieses Land im Herzen Europas immer mehr zu einem entchristlichten. KIPA gibt zwar in ihrem Bericht vom 23. Dezember an, daß der Andrang zu den Priesterseminaren weit über die verfügbaren Plätze hinausginge und daß zudem die theologischen Fakultäten an den verschiedenen Universitäten des ganzen Landes im Studienjahr 1957 von 560 Studierenden besucht worden seien, 216 Katholiken, 261 Angehörigen der Tschedischen Nationalkirche, 23 Protestanten und 60 Orthodoxen — aber bei all diesen Angaben fehlt eine Aufteilung zwischen Tschechien und Slowakei, und in der Slowakei herrschen ganz andere Verhältnisse.

Die Lage in der Slowakei

Die Lage in der Slowakei ist schon auf Grund ihrer Geschichte eine andere, und das kommunistische Regime hat sich von Anfang an genötigt gesehen, hier anders als in Böhmen-Mähren vorzugehen. Das slowakische Volk ist bis in den Kern gläubig und kirchlich, und daran scheint sich durch zehn Jahre kommunistischer Herrschaft nichts geändert zu haben. Diese Herrschaft wird zudem vorwiegend durch Tschechen ausgeübt, und der slowakische Partikularismus lehnt sie allein schon darum ab. Hier ist die Tradition der ehemaligen Katholischen Volkspartei immer noch lebendig. In der letzten Sitzung des Zentralkomitees der slowakischen Kommunistischen Partei (das von dem Tschechen Bacilek geleitet wird) am 9. und 10. Januar dieses Jahres hieß es daher wörtlich: „Die KPdS hat in ideologischer Hinsicht eine wichtige Aufgabe zu erfüllen: den ideologischen Kampf gegen die Ideologie der ehemaligen Volkspartei des Paters Andreas Hlinka und gegen alle Äußerungen des bürgerlichen Nationalismus unermüdlich zu führen . . .“ In der Diskussion mußte unumwunden zugegeben werden, daß sich nicht nur die slowakischen Intellektuellen, die jungen Schriftsteller, Dichter, Künstler, nicht nur die der älteren Generation angehörenden Teile des slowakischen Volkes der kommunistischen Herrschaft widersetzen, sondern auch die Bauern und Arbeiter (nach „Neue Zürcher Nachrichten“, 28. 2. 58). Separatistische Tendenzen existieren selbst in der slowakischen Kommunistischen Partei und regen sich dort besonders seit dem XX. Moskauer Parteikongreß. Um dem entgegenzuwirken, sollen bisher rund 200 000 Tschechen, vor allem als qualifizierte Facharbeiter, in die Slowakei verpflanzt worden sein, die aktiv kommunistisch sind und sowohl den slowakischen Nationalismus wie die tiefe Religiosität des slowakischen Volkes zersetzen sollen. Tatsächlich scheint dieses Zusammenleben mit den Tschechen die Gegensätze zwischen den beiden Völkern der Tschechoslowakei nur noch verschärft zu haben.

Diese Spannung zwischen den Tschechen und den Slowaken, zugleich zwischen der Kommunistischen Partei und der Religiosität und Kirchentreu der Slowaken ist plötzlich in eine neue Krise getreten. Am Jahrestag der Ausrufung der „Unabhängigen Slowakischen Republik“ von 1939 im März dieses Jahres kündigte der tschechoslowakische Innenminister Barak unversehens einen neuen Monsterprozeß gegen 47 slowakische Nationalisten an, die als Kriegsverbrecher angeklagt worden sind. Nach den Angaben Baraks sind sämtliche Verhaftete Ange-

hörige der ehemaligen Hlinka-Garde, d. h. der bewaffneten Aktivistengruppe der (katholischen) Slowakischen Volkspartei; sie sind auf Grund der Denunziationen eines ehemaligen politischen Agenten Vican verhaftet worden, unter ihnen auch ein katholischer Priester. Die Anschuldigung lautet auf „ungeheuerliche Verbrechen“ in den slowakischen Aufstandsgebieten bei Kriegsende, die man bisher den Deutschen zugeschrieben habe.

Der angekündigte Monsterprozeß bildet nach dem Prozeß gegen den ehemaligen slowakischen Präsidenten Pater Tiso und dem sogenannten Preßburger Prozeß von 1954 die dritte große Aktion der gegenwärtigen Prager Machthaber gegen die Selbstständigkeitstendenzen in der Slowakei („Neue Zürcher Zeitung“, 19. 3. 58). NCWC News Service meldet, daß zwischen dem 6. und 12. März eine Welle von Polizeiterrord über die Slowakei hingegangen sei, wobei auch 50 slowakische Priester verhaftet und in die berüchtigten Gefängnisse von Prag, Brünn und Theresienstadt eingeliefert worden seien. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Meldung bestätigt oder sich als Verwechslung mit der Verhaftung der oben erwähnten 47 Patrioten, unter denen auch ein Priester war, herausstellt. 250 Priester seien langen Verhören unterzogen worden. Über die Hintergründe dieser Aktion weiß man noch nichts.

Auch an der Universität Preßburg herrscht Unruhe. Die slowakische Kommunistische Partei hat darum ihre Tätigkeit verstärkt, um hier die separatistischen und „bourgeois-nationalistischen“ Strömungen einzudämmen; sie tut dies durch den „Universitätsrat der kommunistischen Verbände der Universität Preßburg“. Den Studenten, die sich nicht als linientreu erweisen, parteifeindliche Neigungen und Tschechenfeindschaft verraten, wird für die Ferien Zwangsarbeit in Bergwerken, bei Straßen- und Eisenbahnarbeiten angedroht.

Tätigkeit der Nationalkirche und der patriotischen Priester

Genauer über den Umfang, den die Nationalkirche angenommen hat, ihr Verhältnis zu den „patriotischen“ oder Friedenspriestern und deren Einfluß im Lande läßt sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht erfahren. Man hört nur von Zeit zu Zeit von Versammlungen und Erklärungen, die von diesen Friedenspriestern inszeniert werden, oder nimmt ihre Störungstätigkeit in undurchsichtigen Publikationen wahr. Immerhin scheint sich eine romfeindliche Strömung in der tschechischen Kirche mehr als in irgendeiner anderen Kirche hinter dem Eisernen Vorhang ausgebreitet zu haben.

Im Dezember vergangenen Jahres meldete die tschechoslowakische Nachrichtenagentur „Ceteka“, in Prag seien die Vertreter des tschechoslowakischen Klerus und der katholischen Laienorganisationen zusammengekommen, um Fragen der Friedensverteidigung zu besprechen. Etliche Bischöfe und kirchliche Würdenträger aus 30 Diözesen (was für Diözesen? Es gibt deren nur 12 in der Tschechoslowakei, dazu zwei Apostolische Administraturen), Vertreter des Erziehungs- und Kulturdepartements und des Zentralkomitees der Katholischen Volkspartei hätten an der Versammlung teilgenommen. Sie protestierten gegen die NATO-Tagung, die soeben in Paris stattgefunden hatte, und erklärten: „Ein Christ darf nicht an einer Konferenz der NATO teilnehmen, deren Ziel es ist, Unruhe in der ganzen Welt zu verbreiten und

anschließend in die Kirche zu gehen, um für den Frieden der Welt zu beten“ (nach KIPA, 21. 12. 57).

Am 21. Februar dieses Jahres nahm der „Osservatore Romano“ zu einem „Bulletin der Diözesen und Apostolischen Administraturen in der Tschechoslowakei“ Stellung, das an eine Reihe von Diözesen und kirchlichen Instituten in Italien und in anderen Ländern verschickt worden war. Das „Bulletin“ trug die Angabe, es sei „im Auftrag des Korps der Bischöfe von Bischof Msgr. Josef Čarsky, Apostolischem Administrator von Kosice“ (Kaschau) herausgegeben. Der „Osservatore“ benutzt hier diese vorsichtige Ausdrucksweise, weil die Angabe, wie er sagt, der Bestätigung bedarf. „In einem Land wie der Tschechoslowakei, wo die Kirche der ständigen und systematischen Willkür der staatlichen Bürokratie ausgesetzt ist, kann das Kulturamt leicht diese und noch ganz andere Initiativen ergreifen und durchführen.“

Das Bulletin ist sehr mager und nur hektographiert und enthält hauptsächlich kleine Nachrichten über das kirchliche Leben, das vermutlich dadurch als blühend dargestellt werden soll. Auf den verstorbenen Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik bezieht sich ein Nachruf; ein Glückwunschtelegramm der kirchlichen Stellen an den neuen Präsidenten entspricht dem Anlaß. Unter den Nachrichten befindet sich auch die Ankündigung, daß die „Caritas“ einen „Katechismus der katholischen Religion“ herausgegeben hat in der „neuen Bearbeitung des Spezialisten Dr. Frantisek Tomasek“. Das Bulletin erwähnt aber nicht, daß es sich dabei um den Titularbischof von Buto und Auxiliar Erzbischof Matochas von Olmütz handelt, der zwar aus der Verbannung zurückkehren durfte, aber sein Amt nicht ausüben darf. Andererseits sind in dem Bulletin nicht näher bestimmte „Ordinarien“ erwähnt, die mit den legitimen Bischöfen nichts zu tun haben (nach „Osservatore Romano“, 21. 2. 58). Die Intention des Bulletins ist propagandistisch: es soll beweisen, daß das kirchliche Leben in der Tschechoslowakei normal und rege ist.

Die „Friedenspriester“ ihrerseits schalten sich in die Propaganda für die jeweiligen Schlagworte der Kommunistischen Partei ein. In ihrem Organ „Duchowny Pastyr“ (Seelenhirte) haben sie mit Nachdruck die Kollektivierung der Landwirtschaft befürwortet: es bestehe „kein ideologischer Zwiespalt zwischen den Grundwahrheiten unserer Religion und dem kollektiven Arbeitssystem“ (nach „Hinter dem Eisernen Vorhang“, März 1958). Anfang März erließ das „Zentralkomitee des gesamtstaatlichen Friedensausschusses tschechoslowakischer Priester“ einen Aufruf an den katholischen Klerus der ganzen Welt, in dem die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs zur Lösung der gegenwärtigen Weltspannung und die Annahme des Rapacki-Planes zur Errichtung eines atomfreien Gebietes in Mitteleuropa verlangt wird. Auch das Professorenkollegium der katholischen theologischen Fakultät in Leitmeritz hat in einer Kundgebung gemeinsam mit den Theologiestudenten den Rapacki-Plan begrüßt und ihn als einzige Möglichkeit zur Abwehr der Kriegsgefahr hingestellt (nach KIPA, 4. 3. 58).

Allgemeine Zustände

Wie in bezug auf die anderen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang, die jetzt nach langer Zeit endlich wieder von westlichen Touristen oder Journalisten besucht wer-

den dürfen, scheint es auch gegenüber dem allgemeinen Klima, das in der Tschechoslowakei herrscht, die gegensätzlichsten Reaktionen zu geben. Einige, die dort waren, betonen den materiellen Wohlstand, der weit über dem anderer Ostblockländer liege (J. Steinmayr, in „Süddeutsche Zeitung“, 1./2. 2. 58), andere (R. J. Knechtel, in „Das Parlament“, 11. 12. 57) spüren in den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen bereits einen Nährboden für Unbehagen, der mit ein Grund zu der „tiefgreifenden Malaise“ ist, die man ahnen kann. Paul Sethe (in „Die Welt“, 22. 11. 57) meinte, beim tschechischen Arbeiter gehe das Streben nach Sicherheit über das nach Freiheit und er sei daher mit seiner Lage — keine Arbeitslosigkeit, Recht auf Arbeit, reichliche Altersversicherung — zufrieden. Genau das Gegenteil hat R. Knechtel („Das Parlament“, 11. 12. 57) beobachtet: die wirtschaftlichen Pläne bedrohen die Jugend, „die in den vergangenen Jahren herangewachsen ist, nicht ohne täglich mit allen Mitteln der Propaganda über ihr ‚Recht auf Arbeit‘ aufgeklärt worden zu sein, mit Arbeitslosigkeit“ und mache sie unruhig und unsicher. Die tschechoslowakische Jugend scheint überhaupt „politisch unzuverlässig“ zu sein (Beilage zum „Parlament“, 5. 3. 58). Die ununterbrochenen Bemühungen und Aufwendungen der Regierung, um die Jugend im kommunistischen Geiste zu erziehen, scheinen „in einem kläglichen Mißverhältnis zum Ergebnis“ zu stehen und besonders bei der slowakischen Jugend nur bescheidene Erfolge gehabt zu haben.

Unruhe in der Jugend

Der Aufsatz von R. Knechtel (in: „Das Parlament“, 11. 12. 57) befaßt sich speziell mit der „Unruhe unter der tschechoslowakischen Jugend“. Er hatte den Eindruck gewonnen, daß die jungen Tschechen „in ihrer Mehrheit... dem ganzen System kritisch gegenüberstehen“. An erster Stelle trifft das bei der studentischen Jugend zu, an der auch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei aufs schärfste kritisierte, daß sie dem Marxismus-Leninismus nur wenig Interesse entgegenbringe, daß aber dafür die Zahl der Klubs junger Leute, die sich der amerikanischen Lebensart verschrieben hätten, zunehme. Unruhen unter den Studenten gab es im letzten Jahr mehrfach. Die tschechoslowakischen Studenten fordern politische Freiheiten, die Möglichkeit des Studiums antimarxistischer Literatur und Staatsbeihilfen zu Reisen ins nichtkommunistische Ausland. Die literarische Zeitschrift „Literaroy Noviny“ konnte daher (nach R. Knechtel) vor einigen Monaten feststellen: „In den Köpfen unserer jungen Leute bestehen ähnliche Verwirrungen wie bei den ungarischen Jugendlichen. Wir haben eine Jugend vor uns — und wir wissen in Wahrheit nicht, wen wir vor uns haben.“

Die gleiche Wochenschrift veröffentlichte kürzlich (nach Stanislas Kontnik in „Il Quotidiano“, 3. 1. 58) eine Statistik über die Ehen Jugendlicher in der Tschechoslowakei, die wieder einmal beweist, daß die kommunistische Erziehung zwar die Jugend vielleicht nicht gewinnt und ihr jedenfalls keinen Halt gibt, aber jeden anderweitigen Halt und Glauben zerstört und eine große Leere schafft. Nach dieser Statistik werden in Prag in einem halben Jahr von hundert Jugendehe 38 wieder geschieden und weitere 15 im Laufe der nächsten sechs Monate, im ganzen als 53%. Auch die Ehen, die nicht aufgelöst

werden, sind oft nicht die besten und halten nur aus Gründen zusammen, die mit der Ehe als solcher nichts zu tun haben: man würde sonst die Wohnung verlieren, man müßte den Staatszuschuß zur Eheschließung zurückzahlen usw. Die tschechische Zeitschrift erklärt die Ursache zu diesem Phänomen so: „Die Gründe zu dieser Er-

scheinung liegen in den meisten Fällen in den Personen selber, in ihrem Mangel an sittlichem Halt. Wir haben mit vollem Recht die alte kapitalistische und kirchliche Moral abgeschworen, aber von der neuen, der kommunistischen Moral, die an ihre Stelle treten sollte, wissen wir bis jetzt nichts.“

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Diskussion um die Parteireform der SPD

Die SPD am 15. September 1957 ihre dritte Bundestagswahl verloren. Man brauchte diese Feststellung nicht an den Beginn einer Untersuchung über die Reformbestrebungen der SPD zu stellen, wenn nicht in allen drei Wahlkämpfen die SPD die innere Überzeugung ihres Sieges über die CDU/CSU bis buchstäblich zur letzten Stunde gehabt hätte. Drei große Enttäuschungen zeichnen eine Partei, ihren Stil, ihre Führung und das Parteivolk, auch — oder gerade — dann, wenn diese Partei eine große Tradition hat. Drei große Enttäuschungen dieser Art zeigen aber auch einer Partei, daß ihr Verhältnis zur Zeit und zum Wähler gestört oder zwiespältig ist. Dieser Eindruck drängt sich auf, und die SPD hat kaum vermocht, ihn zu verwischen. Im Gegenteil, gerade die Tatsache, daß innerhalb der SPD von Reformen ausschließlich nach verlorenen Wahlen gesprochen wird, läßt den Verdacht nach Unsicherheit in entscheidenden Fragen der Politik und ihrer Propagierung nicht zum Schweigen kommen.

Diese Störung ist sicher nicht leicht zu beheben, da sie eine nahezu unübersehbare Fülle von Gründen hat, zu denen es jeweils Gegengründe gibt. Die nach der Bundestagswahl von 1953 von vielen Persönlichkeiten und Gremien geäußerte und definierte „Sorge um die deutsche Linke“ hatte, soweit bekannt, eine weitgehend geschlossene Richtung. Mit der Autorität (wenn auch die Führung nicht nachweisbar ist) Ernst Reuters, Carlo Schmid und der sogenannten Bürgermeistergruppe, wie Kaisen, Brauer, Kolb usw., verlief die Diskussion in Richtung auf einen gemäßigten Sozialismus, auf die Öffnung nach rechts; in Wirklichkeit änderte sich wenig, kein Mann und kein Programm wurden geopfert. Um diese Erfahrung reicher, melden sich jetzt die Stimmen lauter, und sie sind vom Vorstand der SPD nicht mehr sicher geführt. Der bremische Wirtschaftssenator Wolters schrieb bereits am 1. November 1957 im „Vorwärts“, zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion keineswegs den Höhepunkt überschritten hatte:

„So begrüßenswert eine unbegrenzte Debatte ist und so sehr sie zeigt, daß unsere Partei wie keine andere die Demokratie in ihren Reihen praktiziert, so sehr ist es doch an der Zeit, die Diskussion jetzt zu ordnen. Dabei habe ich nicht das Verfahren unserer Partei nach der Wahlniederlage von 1953 im Auge. Damals wurden die Diskussionen bekanntlich von einer Kritik-Kommission erfolgreich ‚systematisiert‘! So lange, bis das Hauptanliegen verdeckt war.“

Diesmal scheint dieser Weg der Beschwichtigungen weniger Erfolgsaussichten zu haben. Immerhin formieren

sich die Gruppen, und es entspinnt sich eine scharfe Polemik zwischen diesen, so daß die Mehrheitsverhältnisse für den Spruch, den die SPD auf ihrem Parteitag vom 18.—23. Mai 1958 in Stuttgart zu fällen hat, um der Diskussion über Standort, Weg und Ziel, Organisationsform und Führungsgruppe ein parteiamtliches Ende zu setzen, nicht klar zu erkennen sind. Erste Proben der Härte, mit der gerungen wird, gab es bei der Wahl des Fraktionsvorstandes, bei der Ollenhauer seinen Stellvertreter Mellies opfern mußte und Mellies orakelhaft mit dem Satz: „Stellvertreter bleibt Stellvertreter“, antwortete.

Die Tatsache, daß innerhalb der SPD von Reformen nahezu ausschließlich nach verlorenen Wahlen gesprochen wird, ist neben den erwähnten Gründen aber auch für die Art der Reformvorschläge von größter Bedeutung. Die Fragestellung erhält von daher ihre Richtung und befaßt sich vornehmlich mit den Gründen, die zum Wahlsieg der CDU führten und die SPD zum Verlierer machten. In der Diskussion um die Parteireform sind darum jene Vorschläge, die auf Analysen der Wählerstimmung basieren, so als ob es sich dabei um objektive Tatbestände handle, in der Überzahl, und diese Erklärungsversuche werden auf die Parteireform transponiert. Es wird zwar nicht außer acht gelassen, daß die Wähler durch Propaganda geführt werden, ihre Meinung gemacht ist (und entsprechend schlägt die SPD stärkere Schulung der Massen und der Funktionäre vor), im Grunde aber wird die Reformüberlegung erzwungen durch die Einsicht, daß eine unbeeinflussbare Meinungsentwicklung besteht, die sich im Gefälle der Angst vor dem Bolschewismus auch gegen die SPD wendet.

Diese Vorstellung hat viele Gründe für sich und wird vor allem bestärkt durch zwei Erfahrungsgruppen. Dort etwa, wo orthodoxe Sozialisten in den Ländern zur Macht gelangen, mußten radikal sozialistische Vorstellungen — wie etwa das Sozialisierungsprogramm in Hessen — nach tastenden Versuchen aufgegeben werden. Damit hat die SPD jedoch gleich zwei wichtige Argumente für die Gegenpropaganda selbst geliefert, die ihr zumindest für den Kampf um die Bundesregierung verhängnisvoll wurden. Einmal lieferte sie durch ihre radikalen Versuche die Unterlagen für eine Propaganda der CDU, die es ermöglichte, in der SPD „die Roten“ zu sehen, zum anderen brachte ihr das Aufgeben dieser Versuche, d. h. deren objektives Scheitern, den Ruf der Unsicherheit, des Experimentierens, ein.

Die Linie der SPD-Ministerpräsidenten war dann auch die, der CDU-Propaganda den Wind dadurch aus den Segeln zu nehmen, daß sie — zumindest dort, wo sie als Nachfolger von CDU-Mehrheiten an die Regierung kamen — nicht mehr taten, als auch die CDU-Vorgänger ge-